

Fallzahlen bei Umweltdelikten (Trend und Ursachen)

Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten gegen die Umwelt (§§ 324 ff. StGB, ohne strafrechtliche Nebengesetze) ging nach einem stetigen Anstieg bis zum Ende der 70er-Jahre seit dem Jahr 1998 kontinuierlich zurück:

1998	41.381 Fälle
2003	24.573 Fälle
2011	13.342 Fälle
2012	12.749 Fälle
2013	12.333 Fälle

Der Anteil der Umweltdelikte an den insgesamt in Deutschland bekannt gewordenen Straftaten im Jahr 2013 (ca. 5,96 Mio. Taten) betrug nur noch 0,2 %.¹

Es kann davon ausgegangen werden, dass ein deutlich wachsendes Dunkelfeld besteht, weil nur ein Bruchteil der zuvor verfolgten Delikte überhaupt zur Anzeige kommt. Einerseits hängt die Zahl bekannt gewordener Umweltdelikte stark vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung ab, andererseits handelt es sich bei den Umweltdelikten um sogenannte Kontrollkriminalität, so dass sich in vielen Bundesländern vor allem aus Kostengründen erfolgte Personalreduzierungen bei der Polizei und den Überwachungsbehörden negativ auf die Fallzahlen ausgewirkt haben dürften.²

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich aus den vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern übermittelten Zahlen, die auf einer computertechnischen Erfassung der Verfahren bei den Staatsanwaltschaften unter dem für Umweltstrafsachen vorgesehenen Sachgebietsschlüssel 45 beruhen und bei der Generalstaatsanwaltschaft ab dem Jahr 2012 zur Verfügung stehen, Folgendes:

¹ Kloepfer/Heger, Umweltstrafrecht, 3. Aufl., Rn. 427; PKS 2013 (www.bmi.bund.de)

² Kloepfer/Heger, a.a.O., Rn. 428 f.

Neuzugänge

Jahr	gesamt	StA NB	StA HRO	StA SN	StA HST
2012	240	35	53	70	82
2013	185	32	38	46	69
2014 ³	272	38	76	64	94

Art der Einleitungsbehörde⁴

Jahr	Verfahren	Polizei	StA	Steuer-/Zoll- fahndungsstelle	Verwaltungs- behörde
2012	232	166	56	1	9
2013	178	125	38	1	14
2014	240	182	42	-	16

Abgabe des Verfahrens an die Verwaltungsbehörde als Ordnungswidrigkeit (§ 41 Abs. 2, § 43 OWiG):⁵

Jahr	gesamt	StA NB	StA HRO	StA SN	StA HST
2012	39	9	8	8	14
2013	36	3	5	13	15
2014	68	10	26	6	26

Aus den Eingangszahlen sind wegen des relativ kurzen Zeitraums weder ein Trend noch etwaige Ursachen abzuleiten. Im Hinblick auf die Behörden, die die Ermittlungsverfahren eingeleitet haben, ist festzustellen, dass die überwiegende Anzahl der Verfahren durch die Polizei eingeleitet wurde (ca. 75 % der Verfahren) und nur ein geringer Anteil der Verfahren auf Anzeigen der Verwaltungsbehörden beruht (2,8 bis 6 % der Verfahren).

³ für 2014 alle Zahlen jeweils hochgerechnet aus den Zahlen des ersten Halbjahres

⁴ die Angaben beziehen sich auf die Zahlen der erledigten Verfahren

⁵ wie Fn. 4.